

Landkreis pumpt 44 Millionen Euro in Glasfaserausbau

Startschuss für Bau des sogenannten Backbonenetzes / Innerhalb von 18 Monaten werden 200 Kilometer Leitung verlegt

Von unserem Redaktionsmitglied

Holger Siebnich



Eine Verteilerstation schwebt langsam mit dem Kran ein: In der Rastatter Lochfeldstraße sitzt einer der Knotenpunkte des künftigen Glasfasernetzes. Foto:

Hans-Jürgen Collet

Der Landkreis Rastatt baut ein eigenes Glasfasernetz auf. Die Investitionssumme ist mit fast 44 Millionen Euro gewaltig. Die Infrastruktur soll bis 2022 fertig sein. Doch profitieren davon werden zunächst nur wenige.

Rastatt. So viel Geld hat der Landkreis seit dem Bau des neuen Landratsamts nicht mehr in die Hand genommen: Der Ausbau der Breitbandversorgung kostet die öffentliche Hand voraussichtlich 43,6 Millionen Euro. Bis 2022 soll ein sogenanntes Backbonenetz entstehen, das Rückgrat der künftigen digitalen Infrastruktur. Bis die meisten privaten Haushalte davon profitieren, werden aber voraussichtlich noch Jahre vergehen.

Am Mittwoch trafen sich Vertreter des Landratsamts, des Kreistags sowie von Land und Bund in Rastatt, um den Startschuss für das Großprojekt zu geben. Die Arbeiten haben zwar bereits im August im Bereich des Murgtals begonnen, das Landratsamt nutzte nun aber die Installation einer Verteilerstation in der Lochfeldstraße, um das Vorhaben noch einmal der Öffentlichkeit zu präsentieren.

200 Kilometer Glasfaser lässt der Landkreis im Boden verbuddeln, außerdem pachtet er über einen Eigenbetrieb weitere 150 Kilometer bereits bestehendes Netz an. Die Trasse besteht aus drei Ringen, die miteinander verbunden sind und sich von Durmersheim im Norden bis Bühl im Süden und hinauf ins Murgtal erstrecken. Der Ausbauplan sieht vor, entlang der Strecke 1.820 Firmen und 53 Schulen

anzudocken.

Die Anzahl privater Wohneinheiten fällt mit 1.670 dagegen eher bescheiden aus. Dabei handelt es sich um Anwesen, an denen bislang nicht einmal Geschwindigkeiten von 30 Megabit pro Sekunde möglich sind, beispielsweise bei Forbach. Für diese sogenannten weißen Flecken fördert der Bund den Ausbau.

In den meisten Kommunen ist durch die sogenannte Vectoringtechnik allerdings bereits heute eine höhere Bandbreite drin. Dementsprechend gibt es dort aktuell keine Förderung. Städte und Gemeinden warten deshalb mit dem Ausbau der weiteren Netz-Äste bis in die Wohngebiete hinein. Die Bundesregierung plant, ein Förderprogramm aufzulegen. Doch das muss erst von der Europäischen Kommission geprüft werden. Nach Einschätzung von Landkreis-Dezernent Mario Mohr könnte das zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Wenn es soweit ist, werden sich die Kommunen auf das Rückgrat des Landkreises stützen können. Der Erste Landesbeamte Jörg Peter bezeichnete das schnelle Internet als „elementar für die Weiterentwicklung“ der Region. Der Kreistag habe sich 2014 erstmals mit dem Thema befasst, 2017 folgte der Grundsatzbeschluss für die Einrichtung eines entsprechenden Eigenbetriebs. Bund und Land unterstützen das Großprojekt kräftig mit Fördermitteln in Höhe von 19,9 beziehungsweise 8,4

Millionen Euro.

Peter bezeichnete es als Anspielung auf das mangelnde Engagement der Privatwirtschaft als „historisch überraschend“, dass der Landkreis für den Ausbau zuständig sei. Rastatts Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch ergänzte: „Es sind wieder einmal die Kommunen, die zeigen, dass sie es schneller und besser können.“

Der OB machte keinen Hehl aus seinem Ärger über die Telekom, die zunächst den Ausbau vernachlässigt habe, nun aber, da sich die öffentliche Hand engagiere, als Mitbewerber ins Feld dränge: „Das ist kein fairer Wettbewerb, das ist unlauter“, sagte Pütsch. Die Telekom hat in diesem Jahr im Iffezheimer Industrie- und dem benachbarten Gewerbegebiet sieben Kilometer Glasfaser verlegt, obwohl sie zu Beginn der Planungen keine solchen Interessen bekundet hatte.

Benjamin Voss vom Unternehmen Atene Kom, das im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur als Projektträger für die Breitbandförderung verantwortlich zeichnet, rief den Anwesenden in Erinnerung, dass schnelles Internet mehr sei als nur schnelles Surfen. Eine hohe Bandbreite sei auch notwendig für Homeoffice, Homeschooling und für die Zukunft von Unternehmen, hob er hervor. Auch Peter betonte: „Es darf niemand ausgeschlossen werden, egal wo er wohnt.“

Kommentar

Das ist kein fairer Wettbewerb, das ist unlauter.

Hans Jürgen Pütsch Oberbürgermeister

43,6

Millionen Euro

kostet der Ausbau der Breitbandversorgung die

öffentliche Hand.